

Tschernobyl-Folgen

Zuckerkrank nach Tschernobyl

In Zusammenarbeit von Endokrinologen der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf und des Belorussischen endokrinologischen Beratungszentrums in Minsk wurde eine bemerkenswerte Studie durchgeführt. Über den langen Zeitraum von 1980 bis 2002 wurde in zwei sehr unterschiedlich belasteten Gebieten Belorußlands die Inzidenzrate (Erkrankungshäufigkeit pro Jahr) von Diabetes mellitus Typ 1 (Zuckerkrankheit mit Insulinmangel, meist bei Jugendlichen) bei Kindern und Jugendlichen verfolgt. Es wurden die Zeiträume 1980 bis 1986 und 1987 bis 2002 und die Daten der hochbelasteten Region Gomel mit der vergleichsweise gering belasteten Region Minsk verglichen. Insgesamt wurden 643 Patienten aus der Region Gomel und 302 Patienten aus der Region Minsk in die Analyse einbezogen. In den Jahren

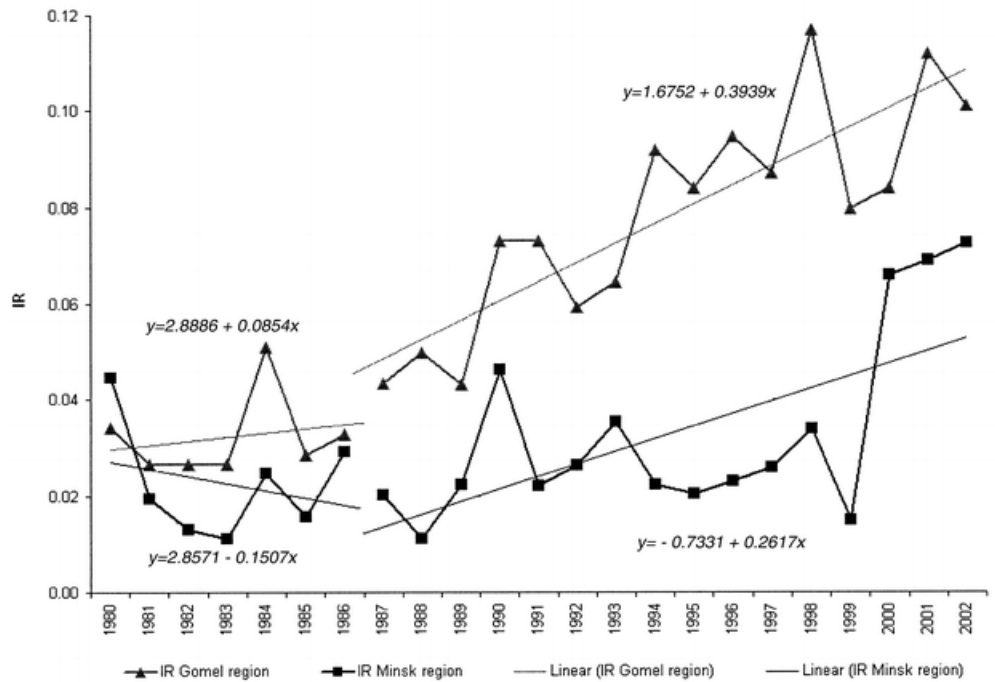


Abbildung: Inzidenz des Diabetes mellitus vom Typ 1 bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 18 Jahren in den Regionen Gomel und Minsk von Belarus (Weißrußland), 1980 - 2002; nach A. Zalutskaya et al., Heinrich Heine Universität Düsseldorf.

1980 bis 1986 (vor Tschernobyl) gab es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Inzidenzraten in Gomel und Minsk. Dagegen wurde ein hochsignifikanter Unterschied der Inzidenzraten zwischen den beiden Regionen für die Jahre nach Tschernobyl (1987-2002) nachgewiesen ($p < 0.001$). Außerdem fanden

die Autoren heraus, daß sich die Inzidenzraten vor und nach Tschernobyl in der Region Minsk nicht signifikant unterschieden, wohl aber in der hochbelasteten Region Gomel ($p < 0.05$), wo jährlich rund doppelt so viele Kinder und Jugendliche nach Tschernobyl an Diabetes mellitus vom Typ 1 erkrankten wie in

den Jahren vor Tschernobyl. Die höchste mittlere Inzidenzrate wurde in der Region Gomel im Jahr 1998 registriert.

A. Zalutskaya, T. Mokhort, D. Garmayev, S. R. Bornstein: Did the Chernobyl incident cause an increase in Typ 1 diabetes mellitus incidence in children and adolescents? *Diabetologia* 2004 Jan; 47(1): 147-8. ●

Atompolitik

Unterschriften für Petition zum Atomausstieg

Am 26. April 2004, dem 18. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl, wurde von der Oberösterreichischen (OÖ) Plattform gegen Atomgefahr europaweit eine Unterschriftenaktion gestartet. Innerhalb eines Jahres sollen 1 Million Unterschriften gesammelt werden, um bei den Politikerinnen und Politikern auf europäischer und nationaler Ebene den Atomausstieg zu forcieren.

In der Petition wird verlangt, daß keine weiteren Atomanla-

gen in Europa errichtet werden, daß die Europäische Union und jeder Staat der EU, in denen Atomkraftwerke betrieben werden, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegen müssen, daß ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien gestartet und daß der veraltete, wettbewerbsverzerrende Euratom-Vertrag beendet wird. Mehr als 50 Organisationen aus 22 Ländern unterstützen bisher diese Petition.

In Europa halten derzeit nur 3 Länder unbeirrt an der Atomenergie fest. Neben Tschechien sind das noch Frankreich und Finnland. Ein neuer französischer Reaktortyp soll der Atomindustrie neuen

Aufwind geben. Finnland zeigt sich an der französischen EPR-(Druckwasserreaktor)-Technologie interessiert.

„18 Jahre nach Tschernobyl ist es Zeit, daß sich Europa von der Atomenergie verabschiedet. Die Politikerinnen und Politiker in der Europäischen Union werden sich dem Aufruf der Menschen aus allen Mitgliedstaaten nicht verschließen können! Wir werden weiter konsequent auf einen europäischen Atomausstieg drängen! Gemeinsam mit allen EU-25-Staaten werden wir es schaffen!“, so Mathilde Halla, Obfrau der OÖ Plattform gegen Atomgefahr. Details sind im Internet unter der Adresse www.atomstopp.com abrufbar. ●

Atomwaffen

Indien hat „Mini-Nukes“ entwickelt

Indien hat sogenannte „Mini-Nukes“ entwickelt und sucht nun nach einem geeigneten Testgelände für diese Kleinst-Atombomben. Das verlautete im April 2004 nach Angaben aus diplomatischen Kreisen in Neu Delhi. Der Bundesstaat Rajasthan, in dem 1998 die letzten Atomtests Indiens stattfanden, wird demnach wegen der Nähe zum Nachbarland Pakistan ausgeschlossen. Statt dessen überprüft die Regierung des hindunationalistischen Premiers Atal Bihari Vajpayee die Region in der